Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

115. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 9.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsbezugspreis: monatlich M. 12.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf, Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. ausw. M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14681, 14682, 14683, 14684. — Postscheckkonto 7594. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co.: Leipzig.

Nr. 154 — Donnerstag, den 31. März — **1921**

Ein Ultimatum an Budapest

Militärdiktatur in Westungarn

Der Anhang des Prätendenten wächst. — Ultimatum an Budapest?

Wien, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Wie das „Neue Wiener Tagbl." erfährt, ist gestern abend in feierlicher Weise in Steinamanger die Militärdiktatur für Westungarn ausgerufen worden. Exkaiser Karl hat als König von Ungarn die Leitung der Diktatur übernommen und den Obersten Lehár zum Kommandanten seiner Truppen ernannt. Der Telegraphen- und Telephonverkehr mit Budapest ist sehr erschwert bzw. durch die Zensur verhindert. Soweit man sich mit Budapest verständigen kann, werden dort alle diese Gerüchte dementiert.

Aus hiesigen monarchistischen Kreisen erfährt das „Neue Wiener Tagbl." weiter: Die Landbevölkerung wandert in Scharen nach Steinamanger unter Vorantragung von Bildern des Königs Franz Joseph und des Exkönigs Karl. Die Garnison von Steinamanger war schon bereit, gegen Pest zu marschieren; König Karl erhob aber Einspruch, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden. Er verlangte dagegen, daß man sich noch einmal mit Budapest in Verbindung setze. Daraufhin stellte Graf Andrassy der ungarischen Regierung in Budapest eine Art Ultimatum. Zwischen dem Minister des Aeußeren Dr. Graetz und dem Grafen Julius Andrassy sind Verhandlungen im Gange.

Karls Anhänger werden zuversichtlicher

Wien, 31. März. Der Sektionschef Schrager, der Wiener Vertrauensmann Karls von Habsburg, äußerte sich gegenüber einem Mitarbeiter des „Wiener Tagbl.": Da die Reise des früheren Kaisers Karl nach Ungarn nun einmal durchgeführt ist, gibt es nichts anderes, als durchzuhalten. Die Nachrichten aus Steinamanger besagen, die Lage werde für König Karl zunehmend günstiger. Das Korps Lehár und die angrenzenden Garnisonen hätten sich dem König zur Verfügung gestellt und ihren Entschluß kundgegeben, gegen Budapest zu marschieren, falls die ungarische Regierung sich nicht dem legitimistischen Standpunkte anpassen würde. — Oberst Lehár verfügt über drei Divisionen.

Eingreifen der großen und der kleinen Entente

Wien, 31. März. Wie eine Zeitungskorrespondenz erfährt, ist der angekündigte Schritt der großen und der kleinen Entente gegen jeden Versuch einer Restauration der Habsburger in Ungarn bei der ungarischen Regierung bereits erfolgt. Reichsverweser Horthy beharrte auf seiner Haltung gegenüber dem Exkönig Karl, womit sich die Vertreter der tschechoslowakischen, der jugoslawischen und der rumänischen Regierung zufrieden gaben.

Wie kam der Exkönig nach Ungarn?

Wien, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Die von amtlicher Seite eingeleitete Untersuchung, wie es Karl von Habsburg möglich gewesen ist, trotz aller Grenzkontrolle die österreichische Grenze zu überschreiten, hat bisher kein Ergebnis gehabt. Nach einer Aeußerung des hiesigen Vertrauensmannes des Exkönigs, Sektionschefs Schrager, hat die Reise unter dem Schutz mindestens einer Ententemacht stattgefunden. Zahlreiche Gerüchte sind darüber im Umlauf. Nach einem soll Karl die Grenze in Verkleidung überschritten haben, nach einem anderen soll er mit dem Paß eines neutralen Landes versehen gewesen sein. Es verlautet ferner, daß der Exkönig in Wien an einem Diner teilgenommen habe, zu dem sich seine engsten Anhänger — im ganzen 14 Personen — vereinigt hatten.

Einberufung des österreichischen Nationalrats

Wien, 31. März. Wie die „Pol. Korr." erfährt, sind in der Angelegenheit des früheren Kaisers Karl keine Schritte anderer Mächte bei der österreichischen Regierung unternommen worden. Die Regierung betrachtet die Angelegenheit zunächst als eine ungarische und ist der Auffassung, daß sie im eigenen Wirkungskreise alles vorgesehen hat, um eine Gefährdung der eigenen Interessen hintanzuhalten.

Von sozialdemokratischer Seite wurde das Präsidium beauftragt, in der morgigen Sitzung des Ausschusses für Aeußeres die Rückkehr des ehemaligen Kaisers nach Ungarn sofort allgemein zur Sprache zu bringen und beim Präsidenten des Nationalrates die sofortige Einberufung des Hauses zu beantragen. Es sei unbedingt notwendig, daß unter Mitwirkung der Volksvertretung entschieden werde, ob und unter welchen Umständen die Rückreise Karls von Habsburg durch Deutschösterreich zugelassen werden könne. Infolge der außerordentlichen Ereignisse der letzten Tage ist der Nationalrat für Freitag nachmittag 2 Uhr einberufen worden.

Der Vollzugsausschuß der Großdeutschen Volkspartei hat eine Entschließung gefaßt, wonach jeder Ausdehnung des monarchistischen Putsches auf Oesterreich rücksichtsloser Widerstand zu leisten sei. Die Partei erwartet, daß die österreichische Regierung alle Schritte tue, um zu verhindern, daß durch das habsburgische Abenteuer Oesterreichs Ansprüche auf das Burgenland geschädigt werden.

Der Landtag von Steiermark gegen die Rückkehr der Habsburger

Graz, 31. März. Im Landtage haben die Großdeutschen und Bauernbündler eine dringende Anfrage eingebracht, welche Vorkehrungen gegen die Durchfahrt und einen evtl. Aufenthalt des Exkaisers Karl in Steiermark getroffen worden seien. Der Großdeutsche Landesrat Dr. Hübler erklärte, es dürfe nicht geduldet werden, daß durch das Vorgehen der Habsburger der Anschluß Oesterreichs an Deutschland verhindert werde. Der Vertreter der Sozialdemokratie gab seiner Vermutung Ausdruck, daß der Entschluß des Exkaisers auf irgendwelche Einflüsse österreichischer Monarchisten zurückzuführen sei. Landeshauptmann Rintelen erklärte, daß die Bundesregierung entsprechende Weisungen erlassen und daß auch die steiermärkische Landesregierung die erforderlichen Verfügungen getroffen habe. Hierauf gelangte ein Antrag der Großdeutschen zur Annahme, der sich gegen eine Rückkehr der Habsburger wendet und jede Gemeinschaft mit ihnen ablehnt.

Das Schweizer Asylrecht verwirkt?

Wien, 31. März. (Eig. Drahtber.) Bundeskanzler Mayr hatte gestern eine längere Aussprache mit dem Schweizer Gesandten Boucart. Man nimmt hier an, daß die Schweiz den Putsch Karls von Habsburgs als eine Verletzung des Asylrechts erklären und sich der Rückkehr des ehemaligen Königs in die Schweiz widersetzen werde.

Kommunistische Schurkentat auf dem Bergwerk Gottessegen

Gefährdung der eingeschlossenen Mannschaft.

△ Dresden, 31. März. (Drahtbericht unserer Dresdener Schriftleitung.) Ein unerhörtes Verbrechen ist Mittwoch nachmittag von Kommunisten im Oelsnitzer Kohlenbezirk begangen worden. Gewissenlose Schurken verlöschten die Kesselfeuer auf den Schächten auf dem dem Staat gehörigen Werke Gottessegen und besetzten die Schächte. Wie ein Telegramm des Bergamtes Zwickau an das Finanzministerium meldet, ist die Ausfahrt aus der Grube nicht unbedenklich, so daß die noch im Schacht eingeschlossene Mannschaft erheblich gefährdet ist. Die nächsten und offenbar beabsichtigten Folgen dieser Schurkentat waren das völlige Darniederlegen der Ventile und der Fahrkunst, so daß den noch in der Grube eingeschlossenen Bergleuten weder frische Wetter zugeführt werden können, noch sie selbst zutage gefördert werden können. Es ist dies ein Verbrechen, das von Arbeitern ausschließlich gegen Arbeiter gerichtet worden ist.

Wie wir hören, hat die Regierung sofort das Erforderliche zur Rettung der bedrohten Bergleute und Schächte und zur Verhütung weiterer Verbrechen angeordnet.

Die Lage in Leipzig

Waffenausgabe an die revolutionären Arbeiter in Leipzig-Mockau

Vom Polizeiamt erhalten wir folgende Darstellung der Lage in Leipzig:

In Leipzig-Mockau sollen am 29. März Gewehre an die revolutionären Arbeiter verteilt worden sein. Einem Kommunisten in Thekla bei Leipzig sind von einem Gendarmerie-Wachtmeister kurz nach der Verausgabung 5 Gewehre, Modell 98, abgenommen worden.

An der Streikbewegung in Leipzig sind zurzeit kaum mehr als 500 Personen beteiligt. Die Streikversammlungen werden in der Hauptsache gefüllt von den Arbeitslosen, die zum weitaus größten Teile den linksradikalen Parteien angehören. Die durchschnittliche Besucherzahl der Streikversammlungen beläuft sich auf etwa 1500 Personen. Sitz der Streikleitung ist das Volkshaus.

In einer Versammlung der Eisenbahner, die am 30. März nachmittags im Volkshaus abgehalten wurde, und die von etwa 500 Personen besucht war, sprach Friedrich Geyer, der einen Ueberblick über die gegenwärtige Lage gab und für die Unterstützung der im Streike stehenden Genossen eintrat. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, nach der die Eisenbahner protestieren gegen jede Besetzung von Bahnanlagen durch die Reichswehr und Sicherheitspolizei und gegen jede Truppen- und Munitionsbeförderung. Die Versammelten verpflichteten sich, falls dies geschehe, sich unmittelbar dem Generalstreik anzuschließen und den Eisenbahnbetrieb stillzulegen.

In den am 30. März abends abgehaltenen 5 Versammlungen der Kommunisten wurde dringend angeraten, in die Betriebe zu gehen und zu versuchen, die Arbeitswilligen, wenn nötig mit Gewalt, aus den Betrieben zu holen. An die Arbeitslosen wurde das Ersuchen gerichtet, den Streikenden bei Stillegung der Betriebe Hilfe zu leisten. Bei etwaiger Versäumnis der Kontrolle soll ihnen ihre zuständige Unterstützung von kommunistischer Seite gewährleistet werden.

In der Delegierten-Versammlung der linksradikalen Parteien Sachsens und Thüringens, die am 30. März im Volkshause abgehalten wurde, ist es nicht zur Einigung gekommen. Die Vertreter der USP haben einmütig erklärt, den Kommunisten allein die Folgen ihres Vorgehens tragen zu lassen. Nur für Gera sollen sich die Unabhängigen Vertreter mit den Kommunisten zur Durchführung des Generalstreiks geeinigt haben.

Für heute, den 31. März, sind Versammlungen der Streikenden vormittags im Volkshause und nachmittags 4,30 Uhr in der Grünen Schänke, Leipzig-Anger, angesetzt worden. Des weiteren soll abends 6,30 Uhr eine Betriebsräteversammlung im Volkshause abgehalten werden.

Festgenommen wurde hier das Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der VKPD Berlin, Johann Ilgelmann, Decknamen Franz Kempin, der vor der Einnahme der Leuna-Werke geflüchtete Führer der KO mit seinem Begleiter Prenzlow.

Vor dem Ende des Generalstreiks in Halle

Halle a. S., 31. März. (Eig. Drahtbericht.) Von dem Freien Gewerkschaftskartell und den Freien Angestelltenverbänden wurden Mittwoch abend in den Straßen der Stadt Halle Flugblätter verteilt, in denen die Arbeiter und Angestellten aufgefordert werden, unverzüglich die Arbeit wiederaufzunehmen. Zum größten Teil haben die Arbeiter auch dieser Aufforderung Folge geleistet. Mit 367 Stimmen beschlossen die Arbeiter der Halleschen Maschinenfabrik am Mittwoch abend, am heutigen Donnerstag die Arbeit wieder aufzunehmen. Auch in den übrigen Maschinenfabriken sind die Arbeiter zum größten Teile wieder angetreten. In den Eisenbahnzentralwerkstätten wird voll gearbeitet. Der Zugverkehr nach Thüringen wird am heutigen Donnerstag eingleisig wieder aufgenommen.

(Weitere Nachrichten siehe Seite 2.)

Deutschland und die Sozialisierung

Von

Dr. Pachnicke (Berlin)

Vorsitzendem des Hauptausschusses des Reichstages.

Wäre nicht der Vertrag von Versailles, dann würde Deutschland die Folgen des gewaltigsten aller Weltkriege in einem halben Menschenalter überwunden haben. Sie groß sind die Kräfte, die im deutschen Volke leben, so stark die Schwingen, die es zur Höhe tragen könnten. Mit dem Aufschwung Deutschlands aber wäre der Aufschwung Europas verbunden, denn in dem Organismus der Weltwirtschaft wirkt jedes Glied auf das andere. Steigende Nachfrage läßt das Angebot steigen, wachsende Kaufkraft die Erzeugungsmenge wachsen. Darum liegt eine Milderung des sogenannten Friedensvertrages nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern der Welt.

Der zweite Umstand, der das Entwicklungstempo und damit das Vertrauen auf die nationale Energie bestimmt, ist die Sozialisierung. Steht zu befürchten, daß Deutschland den Boden der Privatwirtschaft verläßt, daß es den Motor des Eigeninteresses aus dem Triebwerk ausschaltet, dann ist sein Kredit erschüttert. Das Ausland weiß genau, daß, wenn nicht mehr die Hoffnung auf Gewinn und die Furcht vor Verlust die Köpfe und Hände lenkt, wenn der Unternehmer die Leitungsgewalt verliert, der Ertrag der Unternehmungen sinkt. Die Frage ist, ob Deutschland diesem Zustande zutreibt oder nicht.

Wir beantworten diese Frage mit einem Nein. Deutschland wird auf dem Wege der Gemeinwirtschaft in absehbarer Zeit nicht weitergehen. Die Gründe dafür liegen auf der flachen Hand: man sozialisiert nicht inmitten einer Wirtschaftskrisis; und man vermehrt den öffentlichen Besitz nicht, wenn dieser der Beschlagnahme durch den Feind ausgesetzt ist. Das sieht selbst die Arbeiterschaft ein, soweit sie nicht vom Phrasenrausch benommen ist. Darüber dürfen auch die Zuckungen nicht täuschen, die den Volkskörper vorübergehend ergriffen haben. Der kommunistische Aufruhr, dem außer verbrecherischen Neigungen die Sucht nach der Räteherrschaft zugrunde liegt, bleibt eine Episode, so viel Geld und Mühe Moskau auch darauf verwenden mag.

Unter diesen Umständen dürfen schon heute die vorbereitenden Arbeiten der Sozialisierungskommission als gegenstandslos bezeichnet werden. Weder das Mehrheits- noch das Minderheitsgutachten über die Sozialisierung des Bergbaues, das von ihr erstattet wurde, gilt als durchführbar. Nach dem einen Vorschlage sollten sämtliche privaten und staatlichen Stein- und Braunkohlenbergwerke einschließlich der Kokereien und Brikettfabriken sowie der Anlagen für Gewinnung von Nebenprodukten unter Enteignung gegen Entschädigung zu einem einheitlichen Wirtschaftskörper, der deutschen Kohlengemeinschaft, vereinigt werden. Der zweite Vorschlag begründet die Unentbehrlichkeit des Unternehmers noch für eine Uebergangszeit von höchstens 30 Jahren; dann aber soll sein Besitz zugunsten der Allgemeinheit enteignet und die Triebkraft des persönlichen Nutzens durch die Triebkraft des Gemeinsinns ersetzt werden. Durch ein System von Prämien und Strafen hofft man die Arbeitsfreudigkeit und Leistungsfähigkeit zu steigern. Man dachte nur nicht daran, daß die Durchführung eines solchen Systems Hunderten von Werken gegenüber auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, daß es der Willkür allzu weiten Spielraum läßt, und daß der Stachel der Belohnung und Bestrafung sich in dem Maße abstumpft, wie sich die Zahl der Beteiligten vergrößert. Prämien würden von der Arbeiterschaft schließlich als fester Lohnbestandteil hingenommen werden, den man sich nicht mehr kürzen läßt. Der Regierungsentwurf hatte keinen der beiden Kommissionsentwürfe übernommen und sollte seine endgültige Gestalt erst gewinnen, wenn darüber mit dem Reichswirtschaftsrat verhandelt worden wäre.

Diese Verhandlung hat bisher nicht stattgefunden, und so darf die ganze Aktion als verschoben gelten. Die Parteien des Reichstages drängen nicht mehr auf Vorlegung, und selbst die Bergarbeiter, die die Vertagung ursprünglich als Kampfansage behandeln wollten, scheinen sich davon überzeugt zu haben, daß sich ihre Wünsche einstweilen nicht erfüllen lassen. Der Mehrheitssozialdemokratie ist mit Fug und Recht entgegengehalten worden, daß sie zu der Zeit, als sie in der Regierung saß, den Bergbau nicht zu sozialisieren wagte. Angriffen, die sie jetzt gegen die bürgerliche Regierung richtet, ist damit von vornherein die Spitze abgebrochen. Man braucht nur auf die zahlreichen Stimmen hinzuweisen, die sich damals aus dem sozialistischen Lager gegen die Sozialisierung erhoben haben, so auf Aeußerungen von Severing, von Müller-Franken, Bernstein und anderen. Neuerdings hat sich der Sozialist Max Cohn, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, zu der Frage der Kohlensozialisierung in ähnlich kritischer Weise geäußert.

Er schreibt, es komme bei der sozialistischen Wirtschaft nicht allein auf eine möglichst gleichmäßige Nutznießung der erzeugten Güter, sondern vor allem auf eine ungeheure Steigerung der Produktion an. Diese ist das Primäre, die Verteilung das Sekundäre, und die beste Art der Verteilung führt zu nichts, wenn die Menge der erzeugten Güter ungenügend ist. Er rät zur Vorsicht, damit die Massen, wenn sie von der Vollsozialisierung einmal getäuscht sind, nicht mit grimmiger Faust auf den Tisch schlagen und der Partei den Rücken kehren. Das alles sind Anzeichen, die beweisen, daß man mit der Gefahr einer Sozialisierung nicht mehr zu rechnen braucht.

Aber auch der Gedanke der Kommunalisierung tritt zurück. Ein im Reichsministerium des Innern ausgearbeiteter Gesetzentwurf ist der öffentlichen Kritik unterbreitet worden. Die Sozialisierungskommission hat ihn mit einem Gegenentwurf beantwortet. Die öffentliche Meinung ging an beiden Vorlagen gleichgültig vorüber. Ihre Kritik knüpfte sich mehr an die Sozialisierungskommission selbst, deren Daseinsberechtigung bezweifelt und deren Verschmelzung mit dem Reichswirtschaftsrat immer lab-